

# Presseinformation

## 14/2009

### Modellprojekte sollen Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen fördern

**CDU-SPD-Bundesregierung will mehr „Entstaatlichung“  
auch in den Kommunen**

**Osterholz-Scharmbeck.** Noch in dieser Wahlperiode soll die Bundesregierung ein Gesetz zur Vereinfachung der Umsetzung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) einbringen. Das beantragten die Bundestagsfraktionen von CDU und SPD vor sechs Wochen im Bundestag. Und weil Privatunternehmen bei ihren Leistungen Umsatzsteuern berechnen müssen, wird derzeit nach Wegen gesucht, ihnen diese Steuer zu erstatten. Das stößt auf den Widerstand der Städte und Gemeinden. Ihr Verband, der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) lehnt ein „Umsatzsteuererfundsystem“ für ÖPP-Aktivitäten ab.

Dazu erklärt Herbert Behrens, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Rat der Stadt Osterholz-Scharmbeck und Bundestagskandidat für DIE LINKE im Wahlkreis Osterholz-Verden:

Unverantwortlich ist diese Gesetzesinitiative angesichts der jetzt sichtbaren Erfahrungen des hemmungslosen Profitstrebens von Investoren und Finanzspekulanten. Mit Hilfe der ÖPP Deutschland AG, an der zu 40 Prozent Unternehmen aus der Finanz- und Bauwirtschaft beteiligt sind, sollen noch mehr Aufgaben der Kommunen, der Länder und des Bundes privatisiert werden. Nun auch noch das Modellvorhaben, die „umsatzsteuerliche Benachteiligung“ der Privatunternehmen auszugleichen.

Der DStGB bezeichnet das als „ungerechtfertigte Privilegierung von ÖPP“. Diese Einschätzung teile ich. Und auch die Bundestagsfraktion der LINKEN hat schon 2007 kritisch nachgefasst, was denn alles beschleunigt privatisiert werden soll.

**Für Nachfragen stehen  
wir Ihnen gerne  
zur Verfügung:**

**Herbert Behrens  
Fraktionsvorsitzender  
Telefon 0151 14272488**

Wahlkreisbewerber im  
Wahlkreis Osterholz-  
Verden (WK 35)

Bewerber auf Platz 6 der  
Landesliste DIE LINKE.  
Niedersachsen

*Exkurs: Das erste Gesetz, das ÖPP-Beschleunigungsgesetz, stammt aus dem Jahr 2005. Auszug aus der Begründung der Fraktionen der damals regierenden SPD-Grünen-Bundesregierung: „Öffentlich Private Partnerschaften sind ein neuer und oft auch besserer Weg der Bereitstellung von öffentlichen Leistungen. Mit ÖPP können öffentliche Leistungen nicht nur mit geringeren Kosten schneller und früher, sondern auch in höherer Qualität bereitgestellt werden.*

Nun also das ÖPP-Vereinfachungsgesetz der CDU und SPD. Bundespolitiker diskutieren das offenkundig nicht mit ihren Kollegen aus den Kommunen; Kommunalpolitiker bleiben gegenüber ihren Bundestagskollegen untätig. Auch hier im Wahlkreis Osterholz-Verden.

ÖPP-Beschleunigung und -Vereinfachung bedeuten schnellere Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Wenn ich mich als Kommunalpolitiker und als Bundestagskandidat gegen den „Zwang zur Privatisierung“ wende, dann nicht, weil künftig die Städte Hoch- und Tiefbau mit städtischem Personal erledigen sollen; das haben sie nie getan. Aber ich will verhindern, dass jetzt auch noch das Management für Bau, Verwaltung und Betrieb von öffentlichen Vorhaben privatisiert werden, wie es sich bei dem Campus-Projekt in Osterholz-Scharmbeck andeutet. Es sind nämlich gerade die personalintensiven Aufgaben, die schneller privatisiert werden sollen, so heißt es in dem Antrag. Oder hat man schon mit den hiesigen Bundestagsabgeordneten Förderanträge für Projekte abgesprochen, die im Rahmen des Modellvorhabens zur ÖPP-Vereinfachung umgesetzt werden sollen?

Meine Fraktion im Stadtrat und meine Partei bleiben bei ihrer Position, dass tariflich gesicherte Beschäftigung und Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor erhalten bleiben müssen. Bei uns gibt es keine gespaltenen Zungen von Bundes- und Kommunalpolitikern und keine Wahlkampfrhetorik vor der Wahl, die mit dem realen Handeln im Parlament nicht zu tun hat.

**4. Mai 2009, 3285 Zeichen**

Weitere Informationen:

Drucksachen 15/5668, 16/5705, 16/12283